

Martin Häusling - MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments - grüner Europaabgeordneter für Hessen



DIE GRÜNEN/EFA
im Europäischen Parlament



Newsletter November 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem überwältigenden Ergebnis der Europawahl bei dem eine grüne Welle durch Europa ging, zählt unsere Fraktion im Europaparlament nun [75 Mitglieder](#), das bedeutet mehr Einfluss auf zukunftsfähige Politik! Wir sind aber nicht nur größer, sondern auch ein bisschen vielfältiger geworden. Neben Kolleg*innen aus Portugal und Irland können wir auch erstmals Mitglieder aus Lettland und der Tschechischen Republik begrüßen. Ich werde innerhalb der Fraktion weiterhin als Koordinator für den Agrarausschuss und als Mitglied im Umweltausschuss tätig sein.

Anzupacken gibt es für uns alle genug, so z.B. die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), bei der wir mit der erneuten Öffnung des Dossiers hoffen, noch einiges verbessern zu können. Das verheerende Ergebnis des IPBES Artenschwund Reports und zahlreicher weiterer aktueller Studien zeigt umso deutlicher, dass unsere Arbeit für eine umweltfreundlichere GAP, gegen gefährliche Pestizide und die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen unabdingbar ist. Weiterhin beschäftigt uns auch das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, welches neben den verheerenden Auswirkungen auf die Wälder in Südamerika wohl mehr gefährliche Pestizide und gentechnisch Veränderte Produkte zu uns nach Europa bringen würde. In diesem Sinne setze ich mich auch weiterhin dafür ein, Gentec-Importe zu bekämpfen und auf die konsequente Umsetzung des EUGH-Urteils zur Neuen Gentechnik wie CRISPR und Co zu pochen. Mehr zu diesen und anderen Themen findet ihr im folgenden Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen,

Euer Martin

Themen in diesem Newsletter:

- Die Neue Europäische Kommission: Erwartungen und Ausblick auf fünf Jahre
- Gemeinsame Agrarpolitik: Ringen um grünere Politik in einem neuen Agrarausschuss
- Kleines Pestizidradar: Wie geht es in Europa weiter mit den Pestiziden?
 - Zulassungsprüfung auch für das fertige Pestizid
 - Bienenleitlinien – Mitgliedstaaten wollen Pestizid-Zulassung verwässern
 - Urteil gegen Mals
- Bestäuber: EU-Initiative soll Rückgang stoppen
- Freihandelsabkommen: Die MERCOSUR-Lüge
- Neue Gentechnik – Deregulierungs-Lobbyisten werden immer aggressiver
- Artenschwund – Die traurige Gewissheit des IPBES Reports

Dazu kommen wie immer ein Terminrückblick sowie eine Vorschau über aufkommende Veranstaltungen.



Die neue Europäische Kommission: Erwartungen und Ausblick auf fünf Jahre

Im September und Oktober haben sich die designierten EU-Kommissarinnen und Kommissare dem Europäischen Parlament in den jeweiligen Ausschüssen vorgestellt. Nicht alle überzeugten die Abgeordneten. So wird das Kollegium der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen voraussichtlich erst am 1. Dezember, statt wie vorgesehen am 1. November, seine Arbeit aufnehmen können. Für mich sind der neue Landwirtschaftskommissar ([Mission Letter Janusz Wojciechowski](#) - Polen), die neue Gesundheitskommissarin, in deren Bereich auch Gentechnik fällt ([Mission Letter Stella Kyriakides](#) - Zypern) und der Umweltkommissar ([Mission Letter Virginijus Sinkevicius](#) - Litauen) von besonderem Belang.

Gleich zweimal musste sich der designierte Agrarkommissar, Janusz Wojciechowski, den Fragen im Agrarausschuss stellen.

In seiner ersten schriftlichen Stellungnahme und auch bei seiner ersten Anhörung überzeugte der Kandidat leider nicht, das befand die große Mehrheit der Fraktionen im Europäischen Parlament, darunter auch die Grünen.



Das Warnsignal kam an und Janusz Wojciechowski wurde in der zweiten Sitzung deutlich konkreter. Er kündigte an, die ländlichen Räume und kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zu stärken. Vor allem sprach er sich eindeutig für die Förderung des Ökolandbaus aus. Auch will er den Schutz vor antimikrobieller Resistenz durch Extensivierung der Betriebe und den Tierschutz in der Landwirtschaft voranbringen. Leider setzt er beim Tierschutz bisher auf freiwillige Maßnahmen. Wir Grüne werden uns für legislative Änderungen, z.B. für eine Anpassung der Nutztierverordnung, einsetzen.

Janusz Wojciechowski hat nach seiner zweiten Anhörung die notwendige Zustimmung der Abgeordneten erhalten.

Gemeinsame Agrarpolitik: Ringen um grünere Politik in einem neuen Agrarausschuss

Mit dem Beginn der 9. Legislatur können nicht abgeschlossene Dossiers wieder aufgenommen werden. Das gilt auch für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

In der vergangenen Legislatur wurden die drei Gesetzentwürfe zur GAP zwar in den Ausschüssen abgestimmt, eine finale Abstimmung im Plenum steht aber noch aus.

Wir Grüne haben darauf gepocht, dass das neu gewählte Parlament alle Rechte haben muss, um an den Gesetzestexten aktiv zu arbeiten. Gerade der Gesetzestext zu den Strategieplänen (die die Mitgliedstaaten erstellen sollen), welcher die Umwelt-, Tierschutz- und Klimaanforderungen an landwirtschaftliche Betriebe regelt; die Höhe der Vergabe von Direktzahlungen bestimmt und die Eckpfeiler für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums beschreibt, (also die erste und die zweite Säule betrifft) ist aus Grüner Sicht mangelhaft (siehe [Briefing](#)).



Unser Grünes Anliegen ist, zumindest den sehr stark umstrittenen Bericht zu den Strategieplänen weitgehend zu öffnen, um den Abgeordneten der neuen 9. Legislatur Mitgestaltungsmöglichkeiten zu geben.

Wir fordern weiterhin, dass der Umweltausschuss (ENVI), der bei vielen Aspekten des Gesetzestextes, wie beispielsweise zur Biodiversität Mitspracherecht hat, in die Verhandlungen des Agrarausschusses eingebunden wird.

Die Frage der Einbindung des ENVI ist aber bislang, auch aufgrund der ablehnenden Haltung der konservativen Fraktionen, noch nicht geklärt.

Das Agrarsekretariat visiert eine abschließende Abstimmung im Plenum bis Ende April 2020 an. Um diesen Zeitplan nur annäherungsweise einhalten zu können, müssten wichtige Entscheidungen nun im November gefällt werden (z.B. ENVI-Einbeziehung, Öffnung welcher Artikel?), aber genau diese wichtigen Entscheidungen wollen die Koordinatoren der Konservativen und S&D verschieben. Das Fazit wäre, eine Leerlaufzeit und im kommenden Jahr ein Arbeiten unter starkem Zeitdruck sowie ein schnelles Durchwinken. Diese Verzögerungstaktik, die nichts anderes bezweckt als Änderungen im Sinne der Umwelt, des Klima- und Tierschutzes zu vermeiden, finden wir Grüne verantwortungslos.

Kleines Pestizidradar - wie geht es in Europa weiter mit den Pestiziden?

1. Zulassungsprüfung auch für das fertige Pestizid

Anfang Oktober hat der Europäische Gerichtshof auf eine Anfrage aus Frankreich hin entschieden, dass die EU-Pestizidverordnung das Vorsorgeprinzip beachtet. Allerdings, so der EuGH, erfordere das Vorsorgeprinzip, die möglicherweise negativen Auswirkungen der einzelnen Wirkstoffe UND des gesamten Pflanzenschutzmittels auf die Gesundheit zu bestimmen und „auf der Grundlage der zuverlässigsten verfügbaren wissenschaftlichen Daten und der



neuesten Ergebnisse der internationalen Forschung“ umfassend zu bewerten, also nicht nur mittels Herstellerstudien. Bei der Zulassung sei die Berücksichtigung von Cocktaileffekten und Wechselwirkungen mit der Umwelt ebenfalls verpflichtend, schreiben die Richter.

Bisher sieht die Zulassungspraxis in der EU so aus, dass auf EU-Ebene die einzelnen Wirkstoffe (z.B. Glyphosat) zugelassen werden, während die Mitgliedsstaaten für die Zulassung der damit hergestellten fertigen Pestizide (z.B. Round-Up) zuständig sind. Damit die Mitgliedsstaaten bei einem fertigen Pestizid die Gesundheitsrisiken bewerten können, müssten auch für das fertige Produkt entsprechende Studien zur Gesundheitsgefährdung vorliegen, schreiben die Richter – auch wenn dies in der Verordnung nicht explizit vorgeschrieben sei. Denn das fertige Mittel dürfe nur zugelassen werden, „wenn nachgewiesen ist, dass es keine sofortigen oder verzögerten schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen hat“. **Dieses Urteil könnte bedeuten, dass viele Zulassungen für Pestizide unverzüglich entzogen werden müssten.** Denn die Behörden der Mitgliedsstaaten sind an die Auslegung des obersten europäischen Gerichts gebunden und müssen die Verordnung entsprechend umsetzen.

[Weitere Infos dazu](#)



2. Bienenleitlinie – Mitgliedstaaten wollen Pestizid-Zulassung verwässern

Derzeit setzen staatliche Regulierungsbehörden weltweit Honigbienen als Modell für die Bewertung potenzieller Risiken gegenüber bestäubenden Insekten ein. Die in der EU 2013 aktualisierten Bienenleitlinien beinhalten ein System zur Risikobewertung für chronische Risiken bei adulten Honigbienen sowie Honigbienen-Larven. Auch die Risiken für Hummeln und Solitärbiene und alle gängigen Wege des in Kontakt Kommens werden berücksichtigt. Diese Leitlinien sind bisher die besten Methoden, die wir haben, um Pestizidzulassungen und -anwendungen bienenfreundlicher zu gestalten. Sie wurden 2016 als rechtliche Grundlage genutzt um drei Neonikotinoide zu verbieten. Doch: die EU-Mitgliedstaaten (MS) haben dieser Version bisher nicht zugestimmt. Die EU-Kommission kann sie daher nicht als Grundlage bei Antragsstellungen oder -verlängerungen für Pestizide verwenden. Sie legte den MS daher im Juli 2019 im zuständigen Fachausschuss (PAFF) eine abgeschwächte Variante der Bienenleitlinien zur Abstimmung vor, die auch angenommen wurde. Das bedeutet: nur noch die akuten Risiken auf Honigbienen müssen berücksichtigt werden (d.h. nur die Auswirkungen eines einzelnen Kontaktes mit der Chemikalie), chronische Risiken sowie die Risiken für Larven und Wildbienen sollen nicht mehr berücksichtigt werden, obwohl dies ausdrücklich in der der Pflanzenschutzverordnung von 2009 vorgeschrieben ist. Auch Deutschland stimmte zu, nur Frankreich stimmte dagegen.

Glücklicherweise hat sich das Europäische Parlament am 23.10.2019 mit absoluter Mehrheit gegen diese Veränderung der Bienenleitlinien ausgesprochen. Die Mini-Revision der Europäischen Kommission ist somit erstmal zurückgewiesen. Die EFSA sitzt nun an einer Gesamt-Überarbeitung der Bienenleitlinien bis 2021. In dieser muss es klare Vorgaben zur Bewertung der Langzeitwirkung von Pestiziden für Bienen geben, was wir genau im Auge behalten werden.

[Pressemitteilung vom 23.10.2019](#)

3. Urteil gegen Mals

Im September 2014 hatte sich die Bevölkerung des kleinen Örtchens Mals in Südtirol in einem Referendum mehrheitlich für ein Pestizidverbot in ihrer Gemeinde ausgesprochen. Daraufhin erließ der Gemeinderat eine Abstandsregelung, die den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel stark einschränkt. Diese Regelung sollte 2018 in Kraft treten, wurde aber gerichtlich ausgesetzt – weil inzwischen auch Bürger*innen aus Mals dagegen geklagt hatten. „Der Malser Weg“ ist inzwischen europaweites Vorbild für viele Kommunen, die pestizidfrei werden wollen und er ist ein Symbol für den Kampf gegen krankmachende und die Umwelt vergiftende sogenannte „Pflanzenschutzmittel“. Mehr als fünf Jahre sind inzwischen vergangen. Am 9. Januar 2019 fand die Verhandlung am Verwaltungsgericht in Bozen statt. Die Richter des Verwaltungsgerichts Bozen (Hinweis: Die Richter werden politisch ernannt) haben entschieden: Das Malser Verbot ist nichtig, und zwar, weil die Gemeinde keinerlei Zuständigkeit habe, um ein Pestizidverbot zu erlassen.

Unstimmigkeit 1: Das Gericht beruft sich u.a. auf ein neues Gesetz über „Pflanzenschutz“, das der Südtiroler Landtag im April 2016 verabschiedete, d.h. nachdem die Regelung in Mals schon lange gültig war. Das vom Südtiroler Landesrat Schuler initiierte Gesetz legt fest, dass Gemeinden kein Recht haben, über den Einsatz von Pestiziden auf ihren landwirtschaftlichen Flächen zu entscheiden. Das Gesetz untersagt sogar Rückstandsmessungen (!).

Unstimmigkeit 2: Das Urteil steht im Widerspruch zum Wortlaut und der Systematik des Nationalen Aktionsplans (Umsetzung der EU Richtlinie 2009/128 in Italien) der diese Zuständigkeit mit einiger Gewissheit (auch) den Gemeinden als direkt vor Ort zuständigen Behörden zuerkennt.



Unstimmigkeit 3: Die Gemeinde Malosco (in der Nachbarprovinz Trient) hat vor einigen Jahren eine identische Abstandsregelung erlassen. Diese hat sowohl vor dem Verwaltungsgericht Trient als auch vor dem Staatsrat in Rom Stand gehalten.

Die Gemeinde Mals macht weiter. Sie wird auch vor den römischen Staatsrat (= das übergeordnete Berufungsgericht) ziehen. Unterstützen wir sie dabei!

[Link zum „Malser Weg“](#)

[Unterstützung für die „Pestizid-Rebellen“](#)

[Bericht von meinem Besuch in Mals](#)

Bestäuber: EU-Initiative soll Rückgang stoppen

Aktuell wird im Europäischen Parlament über die [EU-Initiative für Bestäuber](#) diskutiert. Ich bin der verantwortliche Grüne für eine Verbesserung des vorgelegten Kommissionsvorschlages. Ziel der Initiative ist es, den Rückgang wildlebender Bestäuber, wie Bienen, Schwebfliegen, Schmetterlinge und Käfer zu stoppen. Dabei gibt es drei Prioritäten:

- 1) Mehr Wissen darüber erlangen warum Bestäuber weniger werden und was das für Auswirkungen hat
- 2) Bekämpfung des Bestäuber Rückgangs
- 3) Sensibilisierung sowie, Einbeziehung der Gesellschaft und Förderung der Zusammenarbeit



Die Initiative geht auf Forderungen des Europäischen Parlaments und des Rates zurück und ist absolut nötig und begrüßenswert. Dem Europäischen Parlament ist es aber wichtig, dass die Initiative den Fokus mehr auf die Ursachen richtet, warum es einen so verheerenden Rückgang der Bestäuber-Populationen gibt und pocht darauf, dass die Verwendung von Pestiziden reduziert werden muss und dass Neonikotinoide komplett verboten werden. Wir Grüne haben besonderes Augenmerk auf das Einfügen von Querverweise zu den Bienenleitlinien gelegt: Wir machen uns für eine vollständige Umsetzung der EFSA Bienenleitlinien von 2013 stark und betonen, dass Pestizid-Zulassungen nur erfolgen dürfen, wenn sie nachgewiesenermaßen keine chronischen Auswirkungen auf Bienen haben. Außerdem muss der Erhalt der Artenvielfalt in der Gemeinsamen Agrarpolitik mehr Berücksichtigung finden. Die EU-Mitgliedstaaten müssen mehr in die Pflicht genommen werden, ihren Pestizideinsatz auf ein Minimalniveau herunterzufahren.

Der Unterausschuss wird am **25. November** seine Position abstimmen. Die Plenarabstimmung erfolgt dann im Dezember oder Januar.

Die aktuelle Arbeitsversion der Bestäuber-Initiative des Europäischen Parlaments findet sich [hier](#),

Mein Redebeitrag im Unterausschuss zum Thema [hier](#).



Freihandelsabkommen: Die MERCOSUR-Lüge

Ende Juni 2019 war es dann plötzlich soweit: Am Rande des G20-Gipfels, einigten sich die EU und die vier Mercosur-Staaten Brasilien, Paraguay, Uruguay und Argentinien auf den Mercosur-Freihandelsdeal. Nach dem Motto, Autos gegen Rinder, hat man hier mal wieder einen Handelsdeal abgeschlossen, bei dem besonders die eher extensiv arbeitenden Landwirte (in diesem Fall die Rinderhalter) in Europa das Nachsehen haben. Exportchancen für Milch, Wein oder Oliven können nicht ausgleichen, dass plötzlich der Markt mit 99 000 zusätzlichen Tonnen Rindfleisch überschwemmt wird. Ungewissheit herrscht auch bei Brasiliens Kleinbauern, die wiederum Billig-Importe der europäischen Milchindustrie fürchten müssen. Aktuelle Wirtschaftsstudien zeigen inzwischen, dass auf beiden Seiten des Atlantiks das Wirtschaftswachstum nicht einmal erwähnenswert wäre.

Und schon im Vorlauf des endgültigen Abkommens kam in Brasilien, was kommen musste. Die einpeitschende Rhetorik des neofaschistischen Präsidenten Brasiliens, Jair Bolsonaro, gegen Naturschutz und pro industrielle Flächennutzung um jeden Preis, zeigte ihre Wirkung: Die Wälder in Amazonien, aber auch der Trockenwald Cerrado brannten in nie gekanntem Ausmaß. Das liegt sicher nicht nur am Mercosur-Abkommen, doch dieses bestärkt die Agrarindustrie in Brasilien darin, jede Vorsicht fahren zu lassen und auf Teufel-komm-raus Flächen für die agrarische Nutzung zu sichern, denn die verspricht zukünftig große Gewinne. Und „ungenutzte“ Fläche sie ja noch genug da – man könne ja Indigene nicht leben lassen wie in der Steinzeit, diese bräuchten auch Entwicklung, so der Präsident Bolsonaro. Die internationale Empörung brachte dann sowohl die EU-Kommission als auch die deutsche Regierung dazu, von Sanktionen zu sprechen, wenn die Brände nicht aufhörten. Beide mussten zurückrudern, denn Sanktionsmechanismen sieht der Text des Abkommens gar nicht vor. Nicht für die Nichteinhaltung des Klimaabkommens, nicht für Umweltverstöße und auch nicht für Verstöße gegen Menschenrechte. Dieses Abkommen bringt zu wenigen Menschen Profite und zu vielen Menschen und der Natur Nichts, es muss gestoppt werden!

Einen ausführlicheren Blick auf das Mercosur-Abkommen, vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Brasilien, habe ich zusammen mit der Agrarökologin Dr. Andrea Beste, die mich 2 x nach Südamerika begleitet hat, in einem Artikel für die Lateinamerikazeitung „ila“ geworfen. Hier könnt Ihr den Artikel lesen:

[Beste, A.; Häusling, M. \(2019\): Wenn Ideologie die Frage nach dem Sinn verstellt.](#)

Neue Gentechnik – Deregulierungsbestrebungen werden immer aggressiver

Obwohl der Europäische Gerichtshof im Juli 2018 klar geurteilt hat, dass auch neue Gentechnikverfahren wie CRISPR/Cas unter die Gentechnikregulierungen fallen, wird dieses Urteil von der Gentechnik- und Chemielobby hinterfragt. Diese setzen sich dafür ein, dass die neuen Gentechnikverfahren von der Regulierung ausgenommen werden und nicht gekennzeichnet werden müssen; nur so könnten die neuen Verfahren genutzt werden, um die Folgen des Klimawandels abzumildern sowie die Nachhaltigkeit und Biodiversität in der Landwirtschaft gefördert werden, so der Tenor. Siehe hierzu den [Offenen Brief](#) der Verbände der Agrarwirtschaft und Ernährungsindustrie vom 23.10.2019.¹

¹ Vor einem Jahr hatten Unternehmen der Lebens- und Futtermittelwirtschaft in einem offenen Brief an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu neuen gentechnischen Verfahren begrüßt und die Kommission aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die gentechnikfreie Produktion in Europa abzusichern. Es gibt hier also unterschiedliche Sichtweisen in der Ernährungsindustrie.



Auch auf Ebene der EU-Mitgliedstaaten gibt es Deregulierungsbestrebungen. Die Landwirtschaftsminister der EU-Länder im Rat haben die Europäische Kommission aufgefordert, eine Studie zu erarbeiten, die die rechtliche Situation in Bezug auf die Neue Gentechnik überprüfen soll. Die angeforderte Studie soll bis Ende 2020 fertig sein.

Ich selbst bin der Ansicht, dass das Vorsorgeprinzip gemäß der existierenden Verordnung samt Risikomanagement und Kennzeichnung gelten muss. Gentechnik ist eine Risikotechnologie und gentechnisch veränderte Organismen müssen auf jeden Fall einer Sicherheitsbewertung unterzogen werden, einen Herkunftsnachweis haben und entsprechend gekennzeichnet werden. Den unbewiesenen Heilsversprechen der Gentechnikbefürworter stehe ich sehr kritisch gegenüber. Wir brauchen eine Ökologisierung der Landwirtschaft und nicht die Hoffnung auf den Techno-Fix der Weltprobleme.

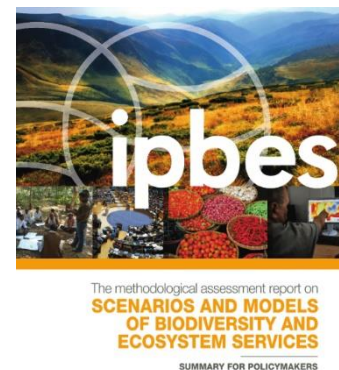
Spannender Lesestoff zur neuen Gentechnik bietet meine neue Studie [„Zukunft oder Zeitbombe. Designerpflanzen als Allheilmittel sind nicht die Lösung“](#):

Informationen zur Studienvorstellung in Berlin im Juli finden sich [hier](#).

Unheimliche Artenerosion – Die traurige Gewissheit des IPBES Reports

Mahnungen gab es genug, zumal in Deutschland schon seit drei Jahren über die unheimliche Artenerosion debattiert wird: Mit dem Anfang Mai vorgelegten Bericht des Weltbiodiversitätsrates IPBES haben wir die traurige Gewissheit, dass es einen weltweiten, vom Menschen verursachten, unfassbaren Verlust an Biodiversität gibt. Bis zu einer Million Tier- und Pflanzenarten sind aufgrund menschlichen Handelns vom Aussterben bedroht, so die Bilanz des IPBES.

Die Bilanz dokumentiert auf drastische Weise, wie sehr es die Industriegesellschaft in nur wenigen Jahrzehnten geschafft hat, die eigenen Lebensgrundlagen massiv zu bedrohen. ((Wissenschaftler der rund 130 Mitgliedsstaaten des Weltbiodiversitätsrats (IPBES, vergleichbar mit dem Weltklimarat IPCC) konfrontierten uns hier deutlich mit den Folgen einer höchst bedenklichen Umweltzerstörung.)) Die chemie-basierte, industrielle Landwirtschaft, der Raubbau am Wald, ein zügelloser Bergbau, aber auch die Ausbeutung der Meere belasten im Zusammenhang mit Klimawandel und Umweltverschmutzung unsere Ökosysteme weit über ihre Belastungsgrenzen hinaus.



Wie heftig es Europa trifft, wie es zu den Verlusten kam und wie wir den Prozess umkehren können, hat der Journalist Stephan Börnecke in seinem Dossier *„Wir sind dann mal weg - Die (un-)heimliche Arten-Erosion. Eine agroindustrielle Landwirtschaft dezimiert unser Lebensvielfalt“* für die Europa-Grünen analysiert. Der Band liegt derzeit in der dritten, aktualisierten Auflage vor.

[IPBES - Report](#)

[Die \(Un-\)heimliche Artenerosion – Download der Studie](#)



Studienankündigungen

Mercosur – Auswirkungen eines Abkommens auf Agrarstruktur, Ökosysteme und Verbraucherschutz

In meinem Auftrag erstellen die Handelsexperten Prof. Dr. Scherrer und Dr. Ismail Karatepe von der Universität Kassel ein Hintergrundpapier zum Mercosur Abkommen. Darin werden potenzielle Auswirkungen dessen auf die Landwirtschaft in Südamerika und Europa untersucht. Des Weiteren werden Effekte auf Primärwald-Rodungen, dem Einsatz von Pestiziden und der Nutzung von GVOs unter die Lupe genommen.

Die Studie wird voraussichtlich am 17. Januar in Berlin vorgestellt und veröffentlicht werden. Mehr dazu findet ihr auf meiner Homepage.

Grün verzierte Bretter - Der mühselige Weg zu Natur-näheren Wäldern in Zeiten des Klimawandels

In der Studie befasst sich der Autor **Stephan Börnecke** mit Fragen wie der nach dem Wald in Zeiten des Klimawandels, dem Sinn von Waldschadensberichten, dem Dauerproblem Wildverbiss sowie dem fehlenden Waldschutz im europaweiten Netzwerk Natura 2000.

Das Dossier wird voraussichtlich im Mai 2020 vorgestellt und veröffentlicht. Einen Blick in das erste Kapitel kann man schon jetzt werfen.

[Grün verzierte Bretter: 1. Kapitel](#)

Terminvorschau

08.11.2019 – Austausch mit der Grünen Fraktion NRW Pestizideinsatz in der Landwirtschaft

Weitere Infos dazu auf meiner [Homepage](#)

15.-17.11.2019 – Grüner Parteitag/BDK in Bielefeld

Mehr Infos zum grünen Programm [hier](#).

Ich setze mich auf der BDK u.a. für den Stop des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens ein. Den aktuellen Antrag findet ihr [hier](#).

18.11.2019 – Anhörung des Agrarausschuss zum Mercosur-Abkommen

Mehr Infos dazu und den Livestream findet ihr [hier](#).

19.11.2019 – Workshop zum Ökolandbau „Where is the Organic Sector going?“

In der Landesvertretung Hessen bei der Europäischen Union. Die Anmeldung findet ihr [hier](#).

20.11.2019 15:00 – Konferenz der Grünen/EFA zum Mercosur-Abkommen

u.a. mit Anna Cavazzini, Molly Scott Cato, Yannick Jadot und mir.

Einen Livestream gibt es [hier](#).

17.01.2019 Vorstellung Mercosur-Hintergrundpapier in Berlin

Weiteres dazu findet ihr auf meiner [Homepage](#).

Terminrückblick

22.10. Good Food Good Farming Demonstration vor dem EP in Straßburg

Am 22.10. demonstrierten über 2000 Vertreter*innen aus der Landwirtschaft, des Lebensmittelhandwerks und der Zivilgesellschaft vor dem Europäischen Parlament in Straßburg für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Agrarpolitik. Die Bewegung forderte, dass Bauern sowohl für ihre Produkte als auch für die „öffentlichen Leistungen“ -Ressourcenschutz, Tierschutz, Klimaschutz im Zuge der GAP vernünftig bezahlt werden sollen. Ich habe die Demonstranten bei Ihren Forderungen mit einer Rede vor dem EP unterstützt.



[Zu meiner Rede auf der Demo](#)



19.07.2019 – Studienvorstellung „Zukunft oder Zeitbombe? Designerpflanzen als Allheilmittel sind nicht die Lösung!“

Am 19. September lud ich zur Studienvorstellung zum Thema Neue Gentechnik ein. In der Studie sowie der sich anschließenden Debatte mit Expert*innen und dem Publikum ging es – vor dem Hintergrund der Angriffe auf die EU Gentechnikrichtlinie – um die Versprechen der Neuen Gentechnik in der Landwirtschaft, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Neuen Gentechnik, das Potential genetischer

Vielfalt von Sorten und die Bedeutung des gern zitierten Innovationsprinzips.

[Zum Nachbericht der Veranstaltung](#)

04.06.2019 – Zukunftsdialog Agrar und Ernährung

Auf dem ZEIT- Zukunftsdialog prallten unterschiedliche Vorstellungen von zukunftsfähiger Landwirtschaft aufeinander. Während der Großteil die Technisierung und Digitalisierung als die universelle Lösung für eine zukünftige Landwirtschaft ansahen plädierte ich für ein Umdenken hin zu agrarökologischen Methoden, ohne von chemischen Düngern und Pestiziden abhängig zu sein.



20.05. Ländertreffen am Point Alpha

Am 20.05 veranstalteten Bündnis 90 die Grünen Fulda gemeinsam mit Grünen aus Hessen, Bayern & Thüringen ein Treffen an der Gedenkstätte Point Alpha (Haus auf der Grenze, Gemeinde Rasdorf). Im Zeichen von "lets talk about Europe" wurde an diesem historischen Ort eine Führung mit Andreas Hundertmark (Thüringen) durch das Gelände und am Grünen Band angeboten. Anschließend wurde mit dem Kolleg*innen Manuela Rottmann (MdB), Markus Hoffmann (MdB) und Silvia Brünnel (MdB) angeregt diskutiert.



Filmempfehlungen:

[ZDF: EU-Abkommen mit Mercosur-Staaten: Freihandel gegen Klimaschutz](#)

[HR: Das Bienensterben geht weiter – Warum bestimmte Insektizide trotz Verbots eingesetzt werden](#)

[MDR: Legaler Pestizid-Einsatz in Naturschutzgebieten](#)

Kontakt und Impressum

Für Kontakte, Anregungen und Kommentare stehe ich und mein Team in Brüssel, Wiesbaden und Berlin euch gern zur Verfügung: [Kontaktmöglichkeiten](#).

V.i.S.d.P. Martin Häusling (MdEP)

Die Anmeldung für den Newsletter findet ihr [hier](#).